E. Jürgen Zöllner

Die Verantwortung der Wissenschaft

Wissen war in der gesamten Menschheitsgeschichte von zentraler Bedeutung. Heute aber leben wir nicht mehr nur in einer Wissensgesellschaft, sondern in einer Wissenschaftsgesellschaft. Wissenschaftliche Erkenntnis hat für die Gesellschaft einen besonderen Wert, weil es systematisch nach bestimmten Regeln generiert wird. Stichworte dafür sind: Hermeneutik, Reproduzierbarkeit, Falsifikation, Tatsachentreue.

Wissenschaftliches Wissen durchdringt alle Lebensbereiche, persönliche, berufliche und gesellschaftliche. Wissenschaft liefert auch einen entscheidenden Baustein dafür, Politik und Gesellschaft zukunftsfähig zu machen: Die Politik stützt sich in ihrem Handeln glücklicherweise immer mehr auf wissenschaftliche Erkenntnisse.

Zunehmend werden aber heute Fakten infrage gestellt, gerade auch solche, die auf wissenschaftlicher Erkenntnis beruhen. Dieser gefährliche Trend reicht vom Alltag bis in die große Politik. Kinder werden seltener geimpft, *Fake News* erlangen weite Verbreitung, und der mächtigste Politiker der Welt, der amerikanische Präsident, leugnet gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse, z. B. über den Klimawandel, und macht dies zur Grundlage seiner Politik. Wie konnte das geschehen? Was ist die Ursache? Hat die Wissenschaft an Glaubwürdigkeit eingebüßt? Und wenn ja, ist ihr Verlust selbstverschuldet?

Ob es tatsächlich einen solchen Glaubwürdigkeits- oder Vertrauensverlust gibt, ist umstritten (siehe auch den Beitrag von Krista Sager und Gert G. Wagner in diesem Band, S. 21–34). Unabhängig davon, ob er nachweisbar ist und ob die oben beschriebene öffentliche Infragestellung wissenschaftlicher Erkenntnisse auf ihn zurückzuführen ist: Es gibt durchaus gute Gründe, der Wissenschaft nicht vorbehaltlos zu vertrauen. Viele Aspekte sind hier wirkmächtig, und nur am Rande sei erwähnt, dass die Wahrnehmung der Wissenschaft auch dadurch beeinflusst wird, wie Medien wissenschaftliche Ergebnisse vermitteln und wie die Bevölkerung sie rezipiert. Wesentliche Probleme sind primär von der Wissenschaft selbst zu verantworten, andere von der Politik. Im Folgenden werde ich mich beiden Aspekten widmen. Frühere Überlegungen zu den „Eigentoren“ der Wissenschaft fließen dabei ein.¹

¹ E. Jürgen Zöllner, „Eigentore I: Plagiate oder ...?“, in Günther Blamberger et al. (Hg.), *Vom Umgang mit Fakten: Antworten aus Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften*, Paderborn 2018, S. 111–120.

I Mangelnde Qualitätssicherung führt zu einem Verlust des Vertrauens der Bevölkerung in die Wissenschaft – und dies zeitigt auch Rückwirkungen auf die Politik

Wissenschaft produziert nicht nur schlechte, sondern sogar falsche Ergebnisse, auch nach ihren eigenen Maßstäben, und dies leider in einem beträchtlichen Ausmaß. Beispielhaft sei hier eine Umfrage² unter Wissenschaftlern³ der Lebenswissenschaften angeführt. 2% gaben zu, selbst zu fälschen. Ein Drittel gab an, bei ihren Veröffentlichungen „Tricks“ zu verwenden, und unterstellte zudem, dass zwei Drittel ihrer Kollegen „schummeln“, das heißt, Ergebnisse schönen oder – nennen wir es beim Namen – betrügen. Nicht zuletzt in den Lebenswissenschaften hat „schlechte Wissenschaft“ eine für jeden augenfällige ethische Dimension: Sie gefährdet Patienten, sie führt zu unnötigem Leid und Tod in Tierexperimenten. Ein gutes Beispiel ist die aktuelle Diskussion über die Entwicklung einer „Booster-Impfung“ gegen Tuberkulose.⁴ Fast 2800 Säuglinge nahmen in einer klinischen Studie an einer solchen Auffrischimpfung mit einem neuen Impfstoff teil, obwohl man aus Tierversuchen hätte wissen können, dass diese nicht den gewünschten Erfolg hat.

Wenngleich nicht alle Bürger die Details rezipieren, hinterlassen solche Tatsachen Spuren, es entsteht eine Stimmung. Das geflügelte Wort „Ich glaube nur der Statistik, die ich selbst gefälscht habe“, das Winston Churchill zugeschrieben wird, aber wohl auf Goebbels zurückzuführen ist, ist im Bewusstsein der Bevölkerung durchaus präsent. Es nährt den Zweifel an Erkenntnissen, die durch Statistik gewonnen wurden, und fördert damit insgesamt einen Vertrauensverlust.

Die Wissenschaft ist also dringend aufgerufen, systematisch, konsequent und nachhaltig an ihrem Ruf zu arbeiten. Dazu sollte sie nicht ihr Marketing, sondern ihre Strukturen der Qualitätssicherung auf den Prüfstand stellen und auf die Höhe der technischen und gesellschaftlichen Entwicklung bringen. Geld ist hier kein Argument: Die heutigen technischen Möglichkeiten marginalisieren die Kosten vieler Qualitätssicherungsmaßnahmen. Die Kostenersparnis, die für die Wissenschaft und die gesamte Gesellschaft schon mit Hilfe weniger Standards erreicht

² Cornelius Frömmel, „Bitte nur die ganze Wahrheit!“, *Die Zeit*, 2014, Abs. 6, <https://www.zeit.de/2014/31/betrug-wissenschaft-daten-manipulation>, besucht am 26.06.2019.

³ Im Interesse einer guten Lesbarkeit habe ich auf Ausdifferenzierung der Sprache auf die vielen real existierenden Geschlechter (m/w/d) verzichtet. Ich freue mich über Vielfalt, die in meinem Text stets gemeint ist, wenn ich das grammatikalische Geschlecht verwende. Wer das fälschlicherweise auf das männliche Geschlecht reduziert, verantwortet das selbst.

⁴ Deborah Cohen, „Oxford TB Vaccine Study Calls into Question Selective Use of Animal Data“, in *BMJ*, 360, 2018, <http://www.bmj.com/content/360/bmj.j5845>, besucht am 14. Januar 2018.

werden könnte, ist hingegen enorm: Unzuverlässige und falsche Ergebnisse richten einen beträchtlichen wirtschaftlichen Schaden an, der allein in den Vereinigten Staaten auf 28 Mrd. Dollar pro Jahr geschätzt wird.⁵

Schon mit vergleichsweise einfachen Maßnahmen können erhebliche Fortschritte in der Qualitätssicherung erzielt werden, etwa durch eine verpflichtende gründliche Schulung des wissenschaftlichen Nachwuchses in korrektem wissenschaftlichen Arbeiten, die Pflicht zu fälschungssicheren Laborbüchern oder die Pflicht zur Offenlegung der Originaldaten nach einer Veröffentlichung. „Schummeln“ würde einfach schwieriger. Würde sich die Deutsche Forschungsgemeinschaft außerdem dazu aufrufen, wenigstens 1% ihres Etats (das wären 100 bis 150 Mio. Euro) zur Überprüfung derjenigen Forschung auszugeben, die sie selbst (aus Steuergeldern) finanziert, wäre das eine wirksame Abschreckung für unverantwortliche Wissenschaftler, die ihrem Erfolg „etwas nachhelfen“. Den vielen seriös und verantwortungsvoll arbeitenden Wissenschaftlern würde man zudem einen wichtigen Dienst erweisen.

Ein Segen für die Steuerzahler wie für alle Wissenschaftler wäre auch die Verpflichtung zur Veröffentlichung negativer Untersuchungsergebnisse. Hier gibt es viel wertvolles Wissen (Wissen, dass etwas *nicht* zutrifft), das allgemein nicht verfügbar ist. Dies ist die fatale Folge der wissenschaftlich eigentlich widersinnigen Auffassung, nur positive Ergebnisse seien ein Erfolg. Hier würden viel Zeit und Geld frei, die jetzt noch in Untersuchungen fließen, deren Erfolglosigkeit schon bekannt sein könnte. Das gilt insbesondere für klinische Studien. Eine zusätzliche Folge davon ist, dass die Aussagekraft von Metastudien leidet, da die negativen Ergebnisse nicht berücksichtigt werden können.

Welche Lähmung oder welche Hybris hat unser Land ergriffen, dass das alles – und vieles andere – nicht längst getan wird? Wird erst gehandelt, wenn 90% der Bevölkerung wieder glauben, die Erde sei eine Scheibe – und wer handelt dann noch? Natürlich muss man bei solchen Vorschlägen sofort mit dem Totschlagargument rechnen, auf diese Weise seien ja nicht *alle*, sondern nur ein Teil der Qualitätsprobleme lösbar. Das ist richtig, aber: Sollte uns das davon abhalten, das zu tun, was leicht und kostengünstig möglich ist, wenn wir doch schon erkannt haben, dass es um nichts weniger als die Zukunft unserer Gesellschaft geht?

Ein Bündel solcher Maßnahmen zur Qualitätssicherung *ex post* müssen mit Sicherheit über die gegenwärtige Praxis hinaus eingeführt werden, Qualität vorwiegend *ex ante* über die Auswahl von Personen zu realisieren, vielfach leider immer noch unter Zuhilfenahme von fragwürdigen Qualitätsindikatoren wie dem

⁵ Leonard P. Freedman et al., „The Economics of Reproducibility in Preclinical Research“, *PLoS Biology*, 16, 2015, S. 1–9.

Impact-Faktor oder dem Hirsch-Index. Beide sagen wenig über die einzelne Person aus und lassen sich leicht manipulieren.

II Die Wissenschaft informiert nicht ausreichend über die Grenzen und Bedingungen ihres Erkenntnisgewinns

Wer die eine einfache Wahrheit von der Wissenschaft erwartet, kann nur enttäuscht werden. Wer als Wissenschaftler den Anschein erweckt, eine solche liefern zu können, kann andere nur enttäuschen und muss auf lange Sicht Vertrauen verlieren.

Die Unkenntnis über die Möglichkeiten *und* Grenzen der Wissenschaft abzubauen, den Unterschied von bedingter Erkenntnis und ewig wählender Wahrheit zu erhellen, ist eine mühevoll Aufgabe, erst recht in einer Zeit, in der viele Menschen sich nach Komplexitätsreduktion sehnen, um sich orientieren, verorten, beheimaten zu können. Der Mühe müssen sich alle Seiten stellen, auch diejenigen, die Wissenschaft rezipieren.

Den falschen Erwartungen in beide Richtungen kann nur begegnet werden, wenn sich die Wissenschaft der Herausforderung stellt: Die Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse muss immer auch Vermittlung ihrer Grenzen sein; jede Erkenntnis ist stets beschränkt durch die subjektive Fragestellung und die angewandte Methode.

Eine Studie über Einkommensunterschiede in Deutschland im Auftrag der Böckler Stiftung⁶ liefert ein anschauliches Beispiel für das folgenschwere Missverständnis, das entstehen kann, wenn die konkrete wissenschaftliche Fragestellung nicht sorgfältig genug gewählt ist. Die beachtlichen Einkommensunterschiede, z. B. zwischen München und ostdeutschen Großstädten, die in allen Medien tagelang Schlagzeilen produzierten, suggerieren ein Maß von Ungleichheit in den Lebensverhältnissen, das mit der Realität nichts zu tun hat. Gegenübergestellt wurden allein die Einkommen, und diese zeigen eine Schere zwischen Ost- und Westdeutschland. Was jedoch nicht in die Bewertung einbezogen wird, sind die Lebenshaltungskosten. Allein wenn man die regional ausgesprochen unterschiedlichen Ausgaben für Mieten, Kita- und Hortgebühren oder Kostsätze für Pflege in die Vergleiche einbezüge, ergäbe sich ein anderes, mancherorts sogar umgekehrtes Bild.

⁶ Siehe „Ungleiche Lebensverhältnisse“, *Böckler Impuls*, 2019, https://www.boeckler.de/120088_120095.htm, besucht am 26.06.2019.

Wohlthuend, wenn dann doch nicht alle den einfachen Weg wählen und z. B. der Berliner Tagesspiegel am 24. April 2019 die Studie differenzierter interpretiert und erwähnt, „dass man für das, was man sich in Brandenburg mit einem Jahreseinkommen von 38.000 Euro leisten kann, in München 57.000 Euro benötigt“⁷. Die Fragestellung der Studie bezog sich auf die regionalen Einkommensunterschiede. Ohne Zuhilfenahme weiterer Daten kann man auf ihrer Grundlage keine Aussage darüber treffen, in welcher Region man sich mehr und in welcher weniger leisten kann, welche Region also „arm“ oder „reich“ ist. Dennoch sind solche Aussagen einer breiten Öffentlichkeit präsentiert worden, in unserem aufgeklärten gebildeten Land. Dass sich potenzielle Wähler radikaler Parteien durch die Studie und ihre verkürzte Vermittlung vermutlich bestätigt fühlen, haben Auftraggeberin und Wissenschaftler sicher nicht beabsichtigt.

Wenn die Grenzen wissenschaftlicher Ergebnisse mitkommuniziert werden, stellen sich andere Fragen: Wer ist verantwortlich für etwaige Fehlinterpretationen? Wissenschaftler, die nicht durchgedrungen sind? Politiker, weil sie vor allem sehen, was in den *Mainstream* passt, und nicht gescholten werden wollen? Vielleicht auch wir alle, weil wir bequemer geworden sind, weil die Klischees bei uns so schnell einrasten und unabhängige Meinungen zu haben, Mühe macht oder Gegenwind erzeugt?

Zurück zur Wissenschaft: Neben den Grenzen, die durch die Subjektivität der Fragestellung und durch die Auswahl der zum Erkenntnisgewinn angewandten Methode gegeben sind, müssen Wissenschaftler deutlich machen, dass sie keine endgültigen Wahrheiten vermitteln können. Denn es ist in der DNA der Wissenschaft verankert, ihre eigenen Erkenntnisse in Frage zu stellen und nötigenfalls zu revidieren.

Was die einen als Schwäche der Wissenschaft empfinden, was sie verunsichert und zu Distanz veranlasst, ist ihre entscheidende Stärke: Dass sie das heutige, durch sie generierte Wissen als vorläufig betrachtet und es immer weiter hinterfragt. Sogar angeblich sichere und endgültige Erkenntnisse werden revidiert oder qualifiziert. Wir alle haben schon in der Schule gelernt, dass es eine absolute Grenze des Auflösungsvermögens von Lichtmikroskopen gibt. Stefan Hell (Nobelpreis für Chemie 2014 zusammen mit Eric Betzig und William E. Moerner) hat diese Grenze jedoch 1999 durchbrochen.

Wissenschaft führt uns mitnichten zur endgültigen Wahrheit, also zum Verständnis dessen, was und wie etwas wirklich in seiner Gesamtheit ist. Sie wird uns

7 Ariane Bemmer, „Ostdeutschland ist nicht so arm wie es scheint“, *Der Tagesspiegel*, 2019, Abs. 4, <https://www.tagesspiegel.de/politik/geld-ist-nicht-alles-ostdeutschland-ist-nicht-so-arm-wie-es-scheint/24253948.html>, besucht am 26.06.2019.

in dieser wunderbar komplexen Welt aus Ursache-Wirkungs-Beziehungen immer nur einen Ausschnitt des wahren Seins zugänglich machen können. Nicht nur ist wissenschaftliches Wissen stets vorläufiges Wissen; die Wissenschaft hat auch undurchdringliche Mauern für sich selbst erkannt und meint, Dinge identifiziert zu haben, die wir nie wissen werden: die Unbestimmtheit (Heisenberg-Relation in der Quantenphysik), die Unentscheidbarkeit (Gödel-Theorem in der Mathematik), die Unvorhersagbarkeit (Feigenbaum-Szenarium der Chaostheorie) und die Ungenauigkeit (Zadeh-Theorem der *Fuzzy Logic*).

Aber selbst dies muss als vorläufiges Wissen gelten. Wissenschaftliche Erkenntnis ist auch an den aktuellen Grenzen immer ein kontinuierlicher Prozess von vorläufigem Wissen über ein Mehrwissen zu einem neuen vorläufigem Erkenntnisstand. Der Wissenschaft steht neben allem berechtigten Stolz daher auch eine Unterströmung von Demut gut zu Gesicht.

Die Vorläufigkeit wissenschaftlich generierten Wissens hat aber auch eine politische und gesellschaftspolitische Implikation. Es erfordert Mut, sie auszuhalten – von der Politik und den Bürgern. Totale Sicherheit gibt es nicht: Nach dem Spiel ist vor dem Spiel, eine nächste, vielleicht eine bessere, tiefere oder gar ganz neue und vielleicht widersprechende Erkenntnis kommt bestimmt. Das Wissen um die Vorläufigkeit darf die Politik aber nicht dazu verführen, nicht mehr auf Basis bislang gesicherter Erkenntnisse zu handeln, sondern abzuwarten, weil ja immer noch etwas kommen könnte, das unsere bisher als sicher geltenden Einsichten umwirft. Zugleich aber darf und muss der methodische Zweifel um der Glaubwürdigkeit Willen im Entscheiden und Handeln aufscheinen. Das Handeln sollte ein „Trotzdem-Handeln“ sein, bei dem die Politik den Wählern ihre Entscheidungskriterien und Abwägungen, die weit über die wissenschaftliche Erkenntnis hinausreichen, erläutert und vermittelt. Die Vorläufigkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse fordert aber auch von uns Bürgern ein zeitgenossenschaftlich mündiges Erwachsensein, in dem nicht kindlich nach schwarz oder weiß, nach ganz oder gar nicht, nach absoluter Sicherheit und ewiger Wahrheit verlangt wird, nach etwas also, das weder Wissenschaft noch Politik noch wir selbst in unseren Lebensbezügen liefern können.

Die gewählte Fragestellung und die Methode begrenzen wissenschaftliche Ergebnisse, sie sind vorläufiges Wissen, und *last but not least* gilt es auszuhalten: Wissenschaftliche Ergebnisse selbst sind wertfrei. Dies ist kein Widerspruch zu der Forderung, dass sich Wissenschaftler an einem Wertegerüst orientieren müssen, insbesondere in der Auswahl ihrer Theorien, Fragestellungen und Methoden. Das Ergebnis dann aber ist weder gut noch schlecht, sondern nur richtig oder falsch. Anders geht es gar nicht: Werturteilsfreiheit ist die Voraussetzung wissenschaftlichen Arbeitens, alles andere wäre ein Trojanisches Pferd. Auch hier sind, im Interesse der eigenen Glaubwürdigkeit Selbsterziehung, Hygiene und, ja,

auch Verzicht von Wissenschaftlern gefragt, um nicht im Geschmäckle von parteilichen Gutachten die eigene Reputation zu verspielen.

Natürlich kann mit enger Fragestellung und Methode ein Ergebnis generiert werden, das mit der Realität nichts zu tun hat: Jeder kennt das Beispiel einer einmal festgestellten Korrelation zwischen der Anzahl der Störche und der Anzahl der Geburten in einer Region. Es ist ein schönes Bild, selbst wenn die Originalarbeit nicht auffindbar ist. Es bleibt eine Scheinkausalität, über die selbst hart gesottene Verschwörungstheoretiker lachen können.

Wissenschaft muss aufmerksam darauf achten, einem Missbrauch ihrer Arbeit entgegen zu wirken. Sie liefert Fakten und keine Entscheidungen. Für politische oder wirtschaftliche Entscheidungen ist eine Wertigkeitsskala bestimmend, die der Wissenschaft strukturell fremd ist, es sei denn, dass sie selbst zu ihrem Gegenstand wird. Wissenschaftliche Erkenntnisse sind grundlegend und unverzichtbar für Politik, aber zur politischen Entscheidung werden sie erst im Zuge der wertgebundenen Gewichtung und Abwägung durch Politiker. Die Diskussionen im Spannungsfeld von Ökonomie und Ökologie belegen dies eindrucksvoll. Klimaforscher, Wirtschaftswissenschaftler und Soziologen liefern z. B. unverzichtbare Erkenntnisse zur Zukunft des Braunkohlegebiets in der Lausitz; legitime Entscheider aber wären sie nicht.

III Wissenschaft hat die Pflicht, sich der Gesellschaft in einer verständlichen Sprache zu erklären. Nur so können ihre Erkenntnisse Grundlage politischer Entscheidungen sein

In Deutschland fließen enorme Summen Steuergeld in die Wissenschaft. Das ist richtig und notwendig. Und es könnte in manchen Bereichen, etwa in der Hochschulfinanzierung, auch mehr sein, denn es ist gut angelegtes Steuergeld, das sich in der Zukunft amortisiert. Die Bürger finanzieren also die Wissenschaft, und schon allein deshalb ist die Wissenschaft verpflichtet, sich der Gesellschaft zu erklären, und zwar in einer verständlichen Sprache (zur Verantwortung, die aus der öffentlichen Finanzierung der Wissenschaft erwächst, siehe auch den Beitrag von Daniel Eggers in diesem Band, S. 61–72).

Selbstverständlich betrifft dies das Kommunizieren wissenschaftlicher Erkenntnisse in allgemein verständlicher Form, beim Vortrag und der Veröffentlichung. Der Spruch vom Soziologendeutsch spricht – und füllt – leider Bände. Gerade hier wäre es wichtig, dass alle Bürger, und erst recht Politiker als Entscheider, es verstehen. Wissenschaft muss aber auch Formate entwickeln, die, wie z. B. die „Lange Nacht der Wissenschaft“ in Berlin, dem Bürger Wissenschaft er-

lebbar und manchmal im Wortsinn begreifbar machen und es ihm ermöglichen, Wissenschaft als Teil seiner Lebenswelt zu verstehen.

Es geht aber ausdrücklich auch um die deutsche Sprache. Dies ist kein Plädoyer gegen Englisch als Wissenschaftssprache, sondern eines für Zweisprachigkeit. Wer, wenn nicht die Kultur- und Gesellschaftswissenschaften, sollen heute der Gesellschaft das Orientierungswissen vermitteln, das sie in einer globalisierten Welt mit täglich einschneidenden Veränderungen mehr denn je braucht? Die Wissenschaft wird aber nur dann die breite Bevölkerung und die Politik erreichen und mitnehmen, wenn sie ihr Wissen auch auf Deutsch kommuniziert. Ganz abgesehen von der kulturellen Dimension, dass die deutsche Sprache verarmt, wenn in ihr keine wissenschaftlichen Begriffe mehr herangebildet werden.

IV Der Politik mangelt es an Wissen um die Bedingungen und methodischen Grenzen wissenschaftlicher Erkenntnis

Auch die Politik kann einen Beitrag zum Vertrauen in die Wissenschaft leisten (siehe auch die Überlegungen von Krista Sager und Gert G. Wagner in diesem Band, S. 21–34). Der oben angesprochenen Bringschuld der Wissenschaft entspricht eine entsprechende Holschuld der politischen Akteure. In den mehr als 20 Jahren, die ich an der Schnittstelle zwischen Politik und Wissenschaft gearbeitet habe, habe ich eine oft erschreckende Unkenntnis von Politikern über die Arbeit von Wissenschaftlern und die Bedingungen und Grenzen ihrer Tätigkeit erfahren. Dieser Befund, der in anderen Berufsgruppen nicht wesentlich anders sein dürfte, erstaunt angesichts des Anspruchs, dass unsere Schulen bis zum Abitur die Grundprinzipien wissenschaftlichen Arbeitens vermittelt und immer mehr junge Menschen mit ihren Bachelor- und Masterarbeiten tatsächlich wissenschaftlich gearbeitet haben sollen. Und er wird nicht dadurch besser, dass wir eher zu viele Promotionen, der Nachweis zur Fähigkeit selbstständigen wissenschaftlichen Arbeitens, haben als zu wenige.

Politik muss sich ehrlich machen: Wenn sie notwendige Kompetenzen selbst nicht besitzt, muss sie sicher stellen, dass diese anderweitig vorhanden sind. Wenn sie das versäumt, kommt sie ihrer eigenen Verantwortung nicht nach. Auch hier könnte eine einfache Maßnahme auf der Ebene der politischen Exekutive hilfreich sein: ein persönlicher wissenschaftlicher Berater für den Vorsitzenden des Kabinetts bzw. Senats in Anlehnung an den *Chief Scientific Advisor* in Großbritannien. Dieser ist ausdrücklich nicht für Wissenschaftspolitik zuständig, sondern besitzt ein Rederecht zu Vorlagen aller Ressorts und vermittelt und erläutert, ob die mit wissenschaftlichen Gutachten untermauerten Entscheidungs-

vorlagen aus wissenschaftsmethodischer Sicht tatsächlich plausibel und angemessen sind. Angesichts der Bedeutung von wissenschaftlicher Erkenntnis für politische Entscheidungen und der Verdichtung und Hast heutiger politischer Entscheidungsprozesse bedarf es zwingend wissenschaftsmethodischer Kompetenz auf dieser Ebene, über die Politiker nur selten verfügen.

V Die Politik darf die Wissenschaft nicht instrumentalisieren

Politik ist Interessenvertretung und Interessenausgleich. Ihre Königsdisziplin ist nicht die brutale Durchsetzung von Einzelinteressen, sondern die hohe Kunst des Kompromisses: einander widersprechende Interessen unter einen Hut zu bringen, ausgewogene Werte-Entscheidungen zu treffen. Diese Kunst ist bedauerlicherweise in Verruf geraten.

Politische Akteure geraten in die Versuchung, ihre Position, die sie in der politischen Auseinandersetzung mit anderen zu Recht vehement vertreten haben, auch ohne Verluste durchsetzen zu wollen. Eine 100 %-ige Umsetzung von Vorhaben gilt als Erfolg und wird kurzatmig beprahlt. Alles andere gilt als Niederlage und wird in unserer schnell erregten Welt entsprechend vernichtend kommentiert. Der Wert eines guten Kompromisses wird immer mehr verkannt, man zeigt mit dem Finger auf Trump – und „trumpisiert“ doch selbst. Dass man heute, wenn von einem Kompromiss in der Politik die Rede ist, nicht an eine große Leistung denkt, sondern damit eher einen „faulen“ Kompromiss assoziiert, spricht Bände.

Wo Politik in dieser Weise schwächelt, wird gern die Wissenschaft bemüht. Hat man nicht die Kraft zum Kompromiss, d. h. das Vermögen, auch die Interessen der anderen Seite zu sehen und anzuerkennen, oder fehlt die Überzeugungskraft der eigenen Argumente, erliegt Politik leicht der Versuchung, sich eine wissenschaftliche Stellungnahme zu suchen, um vermeintliche Sachzwänge zu erzeugen. Und es gibt Wissenschaftler, die sich wider besseres Wissen in dieser Weise einbinden lassen. Zurückblickend auf über 20 Jahre als Minister kann ich mich aber nicht erinnern, dass einmal ein Ressort von sich aus zwei Gutachten mit dezidiert unterschiedlichen Positionen vorgelegt und dann begründet hätte, warum es mit Blick auf die zu treffende Entscheidung die Argumente einer Stellungnahme stärker gewichtet als die der anderen. Im Gegenteil, das Wort „alternativlos“ ist in der Politik in Mode gekommen. Echte Wissenschaft ist unabhängig und darf sich daran nicht beteiligen.

VI Die Politik schiebt zu oft Verantwortung auf die Wissenschaft ab: Schuster, bleib bei deinem Leisten!

Die soziale, liberale Demokratie ist ohne Zweifel weltweit in unruhigem Wasser. Ursachen gibt es viele. Zu beobachten ist, dass einerseits immer stärker personalisiert wird: Es wird nach starken Persönlichkeiten gerufen, die Charisma und fachliche Kompetenz auf sich vereinen und Menschen, Parteien, Fraktionen führen können. Andererseits ist in der Praxis die gegenläufige Entwicklung unübersehbar. Politiker und Politikerinnen sind immer weniger bereit, persönliche Verantwortung für inhaltliche Positionen zu übernehmen, diese auch dann zu vertreten, wenn es Gegenwind gibt, und um sie zu kämpfen, um die Menschen dafür zu gewinnen, wie das beispielhaft die Akteure der Agenda 2010 vorlebten: das Notwendige, ja auch das Unpopuläre tun für das Land, das bis heute davon profitiert.

Raum gewonnen hat eine Politik des Sich-Versteckens, möglichst noch versehen mit dekorativem politisch korrekten Feigenblattwerk. Immer häufiger beziehen sich gewählte Politiker in ihrer Gesamtverantwortung für das Gemeinwesen auf kurzfristige Meinungsumfragen und delegieren auch dafür ungeeignete Entscheidungen an Verfahren der direkten Demokratie, wohl wissend, dass so eher Partikularinteressen als das Gesamtwohl der Stadt oder des Landes befördert werden. Das hohe Gut der Partizipation, das in der Demokratie seinen wichtigen Platz hat, wird hier missbraucht als Deckmäntelchen für ängstliche Politiker. Dies geschieht mit dem klaren Bewusstsein, dass die Ermunterung zum wiederholten öffentlichen Eintreten für subjektive Interessen eine für alle akzeptable Lösung nur schwieriger macht. Schließlich werden auch die politischen Gegner weniger bereit sein, Abstriche von der für sie optimalen Lösung zu machen.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Neigung, Entscheidungen, die eigentlich der Politik obliegen, sogenannten Experten, d. h. sehr häufig Wissenschaftlern, zu übertragen. Diese sollten der eigenen Eitelkeit nicht erliegen und weder die Arbeit noch die Verantwortung der gewählten Politiker übernehmen.

Wissenschaftliche Politikberatung muss sich im Dreieck Politiker–Wissenschaftler–Bürger den eigenen und den gemeinsamen Kernproblemen stellen, um glaubwürdige Wissenschaft zu betreiben und gute Politik für die Bürger und die Zukunft unserer Gesellschaft zu machen. Es gilt für jede dieser Gruppen, vor der eigenen Tür zu kehren. Es gilt, Rollen und Zuständigkeiten zu klären, sie zu leben und in Zusammenarbeit Verantwortung wahrzunehmen. Unvermeidbar wird für alle drei Gruppen sein, sich Grundwissen anzueignen, zuzuhören und sich der kleinen Mühsal der Differenzierung zu unterziehen. Helfen können wie immer Respekt, Wertschätzung, Unaufgeregtheit, Offenheit und Standvermögen.